

§ 20

Einsicht in die Prüfungsakten

Bis zu einem Jahr nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird von der Leiterin oder dem Leiter des Prüfungsamtes auf Antrag des Prüflings in angemessener Frist Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und die Prüfungsprotokolle gewährt.

§ 21

Widerspruchsverfahren

Für Widersprüche gegen die nach dieser Ordnung erlassenen Entscheidungen gilt § 66 HmbHG.

§ 22

Inkrafttreten

(1) Die Schwerpunktbereichsprüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

(2) Für Studierende, die vor Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung die Zulassung zum Schwerpunktbereichsexamen beantragt haben, gilt diese Ordnung in der Fassung vom 1. September 2005 (Amtl. Anz. S. 1751). § 6 Absatz 1 Satz 5 Nummer 3 gilt für Ortswechsler nur, wenn sie nach Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung an die Universität Hamburg gewechselt haben.

(3) Abweichend von Absatz 2 gelten § 2 und § 8, soweit es um die Neufassung der Schwerpunktbereiche II, III, VII und IX geht, nur für Studierende, die sich nach dem Wintersemester 2008/2009 gemäß § 10 Absatz 4 dieser Ordnung zur häuslichen Arbeit angemeldet haben.

Hamburg, den 14. November 2007

Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 140

Neufassung der Zwischenprüfungsordnung der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg

Vom 7. November 2007

Der Fakultätsrat der Fakultät für Rechtswissenschaft hat am 7. November 2007 auf Grund von § 4 Absatz 1 Satz 2 des Hamburgischen Juristenausbildungsgesetzes (HmbJAG) vom 11. Juni 2003 (HmbGVBl. S. 156), geändert am 27. September 2006 (HmbGVBl. S. 505), in Verbindung mit § 91 Absatz 2 Nummer 1 und § 60 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 26. Juni 2007 (HmbGVBl. S. 192), nachstehende Zwischenprüfungsordnung beschlossen. Die Justizbehörde hat im Einvernehmen mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung am 14. November 2007 nach § 4 Absatz 1 Satz 2 HmbJAG ihre Genehmigung erteilt.

§ 1

Zweck der Zwischenprüfung

(1) Die Studierenden der Rechtswissenschaft haben bis zum Ende des vierten Fachsemesters eine Zwischenprüfung abzulegen. Diese schließt das Grundstudium ab und dient dem Nachweis, dass die Studierenden zur wissenschaft-

lichen Erörterung einfacher Rechtsfragen in der Lage sind und die Methodik der Fallbearbeitung beherrschen. Die Prüfungsleistungen im Grundstudium werden studienbegleitend in den durch die Studienordnung der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (Studienordnung) vom 11. April 2007 bestimmten Lehrveranstaltungen abgenommen.

(2) Nach den §§ 42 Absatz 2 Nummer 3, 44 Satz 1 und 61 Absatz 1 Satz 2 HmbHG sowie § 4 Absatz 6 HmbJAG ist zu exmatrikulieren, wer die nach dieser Ordnung geforderten Leistungsnachweise ohne wichtigen Grund bis zum Ende des fünften Fachsemesters nicht erbracht hat und somit die erforderliche Zwischenprüfung gemäß § 4 Absatz 6 HmbJAG endgültig nicht bestanden hat.

(3) Folgende Zeiten werden auf begründeten Antrag nicht auf die Studienzeiten nach Absatz 1 angerechnet:

1. Zeiten der Schwangerschaft, des Mutterschutzes und Zeiten, in denen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz Elternzeit in Anspruch genommen werden kann,
2. Zeiten des Wehr- und Ersatzdienstes,
3. Zeiten, während derer Studierende wegen durch ärztliches Attest nachgewiesener schwerer Krankheit am Studium gehindert waren,
4. Zeiten eines Auslandsstudiums bis zu zwei Semestern, wenn Studierende an einer ausländischen Universität für das Fach Rechtswissenschaft eingeschrieben waren und dort mindestens einen Leistungsnachweis je Semester erworben haben,
5. Zeiten bis zu zwei Semestern, während derer Studierende als gewählte Mitglieder in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Universität oder des Studentenwerks tätig waren,
6. Zeiten einer förmlichen Beurlaubung aus anderen wichtigen Gründen,
7. Zeiten, während derer Studierende aus anderem wichtigen Grunde am Studium gehindert waren.

(4) Ein Teilzeitstudium ist möglich. Zeiten, in denen Studierende die Stellung eines durch das Dekanat anerkannten Teilzeitstudierenden hatten, werden nur zur Hälfte angerechnet. Näheres regelt § 8 der Immatrikulationsordnung der Universität Hamburg vom 30. Juni 2005 (Amtl. Anz. S. 1728) in ihrer jeweiligen Fassung.

§ 2

Zuständigkeit und Aufgaben des Prüfungsausschusses und des Prüfungsamtes

(1) Die Organisation der Zwischenprüfung obliegt dem Prüfungsausschuss der Fakultät. Ihm gehören eine Prodekanin oder ein Prodekan als Vorsitzende oder Vorsitzender, zwei weitere Professorinnen oder Professoren, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und ein studierendes Mitglied der Fakultät an. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden vom Fakultätsrat gewählt. Ihre Wahl erfolgt für zwei Jahre, die des studierenden Mitglieds für ein Jahr.

(2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Beschlüsse sind in einer Niederschrift festzuhalten.

(3) Der Prüfungsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann mit Zweidrittelmehrheit widerruflich Befugnisse auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden übertragen.

(4) Der Prüfungsausschuss regelt die Einzelheiten des Verfahrens.

(5) Für die Verwaltung der Zwischenprüfung ist das Prüfungsamt der Fakultät für Rechtswissenschaft (im Folgenden: Prüfungsamt) zuständig. Leiterin oder Leiter des Prüfungsamtes ist eine oder ein mit diesem Aufgabenbereich betraute Prodekanin oder betrauter Prodekan. Sie oder er führt die Geschäfte des Prüfungsamtes.

§ 3

Prüfer

Prüferinnen und Prüfer sind die Veranstalterinnen und Veranstalter der Lehrveranstaltungen, in denen nach der Studienordnung Prüfungsleistungen erbracht werden können. Sie müssen mindestens promoviert sein oder die Befähigung zum Richteramt besitzen.

§ 4

Umfang der Zwischenprüfung

Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn bis zum Ende des nach § 1 Absatz 1 maßgeblichen Fachsemesters der Studierende

1. in den Studieneinheiten Zivilrecht, Öffentliches Recht und Strafrecht jeweils in einer häuslichen Arbeit in den in § 13 Absatz 1 Satz 2 der Studienordnung genannten Veranstaltungen mindestens die Punktzahl 4,0 erreicht hat;
2. in jedem der in § 7 Absatz 2 der Studienordnung genannten Pflichtfächer mit Ausnahme der Veranstaltung Strafrecht I eine Aufsichtsarbeit (Abschlussklausur) mit mindestens der Punktzahl 4,0 erbracht hat;
3. einen Grundlagenschein nach § 6 der Studienordnung erworben hat.

§ 5

Art und Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen im Grundstudium werden studienbegleitend in den durch die Studienordnung bestimmten Lehrveranstaltungen abgenommen in Form von Abschlussklausuren und häuslichen Arbeiten.

(2) Abschlussklausuren sind Aufsichtsarbeiten im Sinne von § 7 dieser Ordnung.

(3) Häusliche Arbeiten sind solche im Sinne von § 8 dieser Ordnung, die in Form eines Gutachtens zu einem praktischen Fall ausschließlich in den in § 13 Absatz 1 Satz 2 der Studienordnung genannten Veranstaltungen erbracht werden können.

(4) Der Grundlagenschein ist ein Leistungsnachweis, der gemäß § 12 der Studienordnung entweder in Form einer häuslichen Arbeit oder einer Aufsichtsarbeit in einer der in § 6 der Studienordnung genannten Lehrveranstaltungen zu den Grundlagen des Rechts erbracht wird. Für die Bearbeitungsdauer gelten § 7 und § 8 dieser Ordnung entsprechend.

(5) Die Prüfungsleistungen werden durch die Veranstalterinnen oder Veranstalter der jeweiligen Lehrveranstaltungen mit einer Punktzahl und einer Note nach § 1 der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste

und zweite Juristische Staatsprüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243) bewertet. Die Bewertung soll unverzüglich, spätestens vier Wochen nach der Prüfung, erfolgen.

§ 6

Prüfungslehrveranstaltungen

(1) Die für die Zwischenprüfung notwendigen Leistungsnachweise müssen in den Pflichtveranstaltungen des Grundstudiums gemäß § 7 Absatz 2 der Studienordnung erbracht werden.

(2) Für die Zwischenprüfung anrechenbare häusliche Arbeiten werden im Rahmen der in § 13 Absatz 1 Satz 2 der Studienordnung genannten Lehrveranstaltungen angeboten. Sie sind in der vorlesungsfreien Zeit im Anschluss an die genannte Lehrveranstaltung auszugeben.

§ 7

Aufsichtsarbeiten

(1) Aufsichtsarbeiten werden als Abschlussklausuren zu allen Lehrveranstaltungen der Pflichtfächer mit Ausnahme der Veranstaltung Strafrecht I angeboten. Als Aufgaben können entweder ein Rechtsfall, eine Rechtsgestaltung oder ein rechtswissenschaftliches Thema zur Bearbeitung ausgegeben werden. Aufsichtsarbeiten können auch als eine Kombination der in Satz 2 bezeichneten Aufgaben zur Bearbeitung ausgegeben werden. Die Aufsichtsarbeiten haben ihren Schwerpunkt im Stoff der jeweiligen Lehrveranstaltung. Die Bearbeitungszeit beträgt 90 bis 120 Minuten. Aufsichtsarbeiten sind unter Prüfungsbedingungen zu erstellen.

(2) Teilnahmeberechtigt sind nur Studierende, die das in § 1 Absatz 1 genannte Fachsemester noch nicht überschritten haben oder für die betreffende Aufsichtsarbeit gemäß § 9 zur Wiederholung von Prüfungsteilen berechtigt sind.

(3) Bei Aufsichtsarbeiten sind ein Lichtbildausweis und ein aktueller Studenausweis zur Kontrolle und zum Nachweis der Teilnahmeberechtigung vorzulegen. Die Aufsichtsarbeiten sind mit der Matrikelnummer zu versehen. Jedes einzelne Blatt der Aufsichtsarbeit ist unmittelbar nach seiner Fertigstellung und nicht erst bei Abgabe mit dem Namen oder Namenskürzel des Bearbeiters zu versehen.

(4) Die Studierenden dürfen nur die von den Veranstalterinnen oder Veranstaltern ausdrücklich zugelassenen Hilfsmittel, die sie selbst zu stellen haben, benutzen. Die Verantwortung für die Aufsicht während der Anfertigung einer Aufsichtsarbeit trägt die Veranstalterin oder der Veranstalter.

§ 8

Häusliche Arbeit

(1) Gegenstand einer häuslichen Arbeit ist ein Gutachten zu einem praktischen Fall.

(2) Teilnahmeberechtigt sind nur Studierende, die das in § 1 Absatz 1 genannte Fachsemester noch nicht überschritten haben oder für die betreffende häusliche Arbeit gemäß § 9 zur Wiederholung von Prüfungsteilen berechtigt sind.

(3) Die Bearbeitungsdauer einer häuslichen Arbeit beträgt drei Wochen.

(4) Für die häuslichen Arbeiten kann die Veranstalterin oder der Veranstalter einen Höchstumfang festlegen, bei dessen Überschreitung der überschießende Teil als nicht geschrieben gilt.

§ 9

Wiederholung nicht bestandener Prüfungsteile

(1) Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmer, deren Leistungen (Aufsichtsarbeit oder häusliche Arbeit) nicht mindestens mit der Punktzahl 4,0 bewertet worden sind, können diese Prüfungsleistungen in dem von der Studienordnung zugelassenen Rahmen bis zum Ablauf des nach § 1 Absatz 1 maßgeblichen Fachsemesters wiederholen. Bis zum Ablauf des fünften Fachsemesters können Studierende, die mindestens elf der zum Bestehen der Zwischenprüfung erforderlichen fünfzehn Leistungsnachweise mit der Punktzahl 4,0 erbracht haben, mit Zustimmung des Prüfungsausschusses den Grundlagenschein sowie je einen Leistungsnachweis in den Fächern Zivilrecht, Öffentliches Recht und Strafrecht einmal in entsprechenden Lehrveranstaltungen wiederholen. Der Antrag ist dem Prüfungsausschuss vor dem Beginn des fünften Fachsemesters rechtzeitig mitzuteilen, unter Beifügung der erworbenen Leistungsnachweise sowie der nicht bestandenen Aufsichtsarbeiten oder häuslichen Arbeiten. Der Prüfungsausschuss legt die zulässigen Wiederholungsmöglichkeiten auf Vorschlag des Studenten fest.

(2) In Fällen des „wichtigen Grundes“ im Sinne von § 4 Absatz 6 JAG kann der Prüfungsausschuss auf Antrag eine Ausnahmeregelung treffen.

§ 10

Nachteilsausgleich für chronisch kranke und behinderte Studierende

(1) Macht eine Studierende oder ein Studierender glaubhaft, dass sie oder er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Fristen abzulegen, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen oder die Fristen für das Ablegen von Prüfungen verlängern oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form gestatten. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

(2) Bei Entscheidungen der oder des Prüfungsausschussvorsitzenden nach Absatz 1 ist die oder der Behindertenbeauftragte gemäß § 88 Absatz 3 HmbHG zu beteiligen.

(3) Zur Glaubhaftmachung einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden.

§ 11

Täuschungsversuch, Ordnungsverstoß, Rücknahme

(1) Versucht eine Studierende oder ein Studierender, das Ergebnis ihrer oder seiner Prüfungsleistung durch Täuschung, insbesondere durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung als nicht erbracht bewertet. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Veranstalterin oder dem jeweiligen Veranstalter oder der Aufsicht führenden Person von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit „ungenügend“ bewertet. Der Prüfling kann innerhalb einer Woche verlangen, dass die Entscheidung von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses überprüft wird; belastende Entscheidungen sind dem Prüfling unverzüglich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(2) Stellt sich nachträglich heraus, dass die Voraussetzungen von Absatz 1 vorlagen, ist die Zwischenprüfung für nicht bestanden und das Zwischenprüfungszeugnis für ungültig zu erklären. Betrifft der Verstoß gegen Absatz 1 nicht mehr als eine Teilleistung, kann der Zwischenprüfungsausschuss deren Wiederholung gestatten, sofern zur Zeit der Pflichtverletzung noch eine Wiederholungsmöglichkeit bestanden hatte. Ein Vorgehen nach Satz 1 ist ausgeschlossen, wenn seit dem Verstoß gegen Absatz 1 mehr als fünf Jahre vergangen sind oder die oder der Studierende die erste Prüfung gemäß § 2 Absatz 2 HmbJAG bereits bestanden hat. Fristbeginn ist der Tag der Abgabe der häuslichen Arbeit oder Aufsichtsarbeit.

(3) Das Zwischenprüfungszeugnis ist ferner für ungültig zu erklären und zurückzuverlangen, wenn es in sonstiger Weise durch Täuschung erlangt wurde.

§ 12

Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Leistungsnachweise, die während Zeiten gemäß § 1 Absatz 3 erbracht werden, sind nicht anrechenbar.

(2) Das Zeugnis über ein abgeschlossenes Rechtsstudium an einer Universität außerhalb des Geltungsbereichs des Deutschen Richtergesetzes kann als Zwischenprüfungszeugnis anerkannt werden. Teilleistungen, die in einem universitären oder einem Fachhochschulstudengang erbracht worden sind, können als Prüfungsleistungen angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. Die Entscheidung über die Anrechnung und die Festlegung der Note trifft der Prüfungsausschuss.

§ 13

Studienortwechsel

(1) Wer nach dem vierten Fachsemester von einer anderen deutschen Hochschule an die Universität Hamburg wechselt, muss das erfolgreiche Bestehen einer Zwischenprüfung nachweisen, um das rechtswissenschaftliche Studium fortsetzen zu können.

(2) Hat die zuletzt besuchte Universität keine Zwischenprüfung durchgeführt, genügt der Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an den Übungen für Anfänger im Zivilrecht, Strafrecht und Öffentlichem Recht.

(3) Wer vor dem Abschluss des vierten Fachsemesters von einer anderen deutschen Hochschule an die Universität Hamburg wechselt, muss die Zwischenprüfung nach dieser Ordnung absolvieren. Die erfolgreiche Ablegung der Zwischenprüfung an einer anderen rechtswissenschaftlichen Fakultät wird anerkannt. Gleichwertige Leistungen werden als Teile der Zwischenprüfung anerkannt.

(4) Zwischenprüfungen, die an anderen deutschen rechtswissenschaftlichen Fakultäten oder Fachbereichen bestanden wurden und nach den vorstehenden Vorschriften anzuerkennen sind, ersetzen die gemäß § 13 Absatz 7 der Studienordnung für das Grundstudium erforderlichen Leistungsnachweise und berechtigen zum Hauptstudium an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg.

§ 14

Nichtbestehen, Zwischenprüfungszeugnis

(1) Über das Nichtbestehen der Zwischenprüfung entscheidet der Prüfungsausschuss.

(2) Das Zwischenprüfungszeugnis wird erteilt, wenn die erforderlichen Prüfungsleistungen mit den erzielten Noten nachgewiesen sind.

(3) Das Zwischenprüfungszeugnis führt die erforderlichen Prüfungsleistungen gemäß Absatz 2 auf.

§ 15

Widerspruchsverfahren

Für Widersprüche gegen die nach dieser Ordnung erlassenen Entscheidungen gilt § 66 HmbHG.

§ 16

Inkrafttreten

(1) Die Zwischenprüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die ihr Studium an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg nach Inkrafttreten dieser Ordnung aufgenommen oder nach einem Wechsel von einer anderen Hochschule fortgesetzt haben.

(2) Für Studierende, die ihr Studium vor dem Inkrafttreten dieser Zwischenprüfungsordnung aufgenommen

oder fortgesetzt haben, gilt die Zwischenprüfungsordnung in der Fassung vom 1. September 2005 (Amtl. Anz. S. 1756).

(3) Studierende, die vor dem 1. Juli 2003 für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg oder einer anderen deutschen Hochschule immatrikuliert waren, sind vom Erfordernis der Ablegung einer Zwischenprüfung befreit.

(4) Studierende, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zwischenprüfungsordnung der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg vom 1. September 2005 bereits das dritte oder vierte Fachsemester beendet hatten, haben die Zwischenprüfung bestanden, wenn sie sieben der in § 4 genannten Leistungsnachweise erbracht haben. Dabei müssen jeweils eine häusliche Arbeit und eine Fallklausur im Zivilrecht, im Öffentlichen Recht und im Strafrecht in den in § 13 Absatz 1 Satz 2 der Studienordnung genannten Veranstaltungen erbracht worden sein.

Hamburg, den 14. November 2007

Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 146

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Wissenschaft und Forschung
 Postanschrift:
 vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung
 und Umwelt – Hochschulbau –, Weidestraße 122 c,
 22083 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Ver-
 gabestelle – Geschäftszimmer
 Weitere Auskünfte erteilen:
 andere Stellen (siehe Anhang A.I)
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 anderen Stellen (siehe Anhang A.II)
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 andere Stellen (siehe Anhang A.III)
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
 und Haupttätigkeit(en)**
 Regional- oder Lokalbehörde
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
 II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
 geber:
 Umbau alte PC für das DKRZ – Deutsche Klima-
 rechenzentrum – Dachdecker- und Klempner-
 arbeiten OV 398/07

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Das zur Universität Hamburg gehörende
 Gebäude an der Bundesstraße 45, ehemals
 Gebäude der Physikalischen Chemie (PC) wird
 für eine neue Nutzung als Rechenzentrum mit
 Bürobereichen für das DKRZ – Deutsche Klima-
 rechenzentrum – umgebaut. Dazu werden Teile
 des alten Gebäudes abgetragen, ein Geschoss auf-
 gesetzt und ein Technikurm am vorhandenen
 Gebäude neu erstellt.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV):
 Hauptgegenstand: 45214400
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
 II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 ca. 1.350 m² Dachtragschalen aus Stahltrapez-
 Profilen über dem 4. OG und Teilbereichen des
 EG; ca. 1.450 m² Dachaufbau bestehend aus
 Dampfsperre, Dämmung, Folienabdichtung;